

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Uli Henkel

Abg. Volkmar Halbleib

Staatsminister Bernd Sibler

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Florian Siekmann

Abg. Manfred Eibl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Gerd Mannes

Abg. Margit Wild

Abg. Julika Sandt

Staatsministerin Carolina Trautner

Abg. Gülseren Demirel

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Nikolaus Kraus

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden von den Fraktionen dieses Mal in folgender Reihenfolge gestellt: Die AfD beginnt, dann folgenden SPD, FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER. Bitte denken Sie daran, dass jede Fraktion insgesamt inklusive der Nachfragen nur 4 Minuten Redezeit hat und die fraktionslosen Mitglieder 1 Minute haben.

Staatsminister Klaus Holetschek hat aber angekündigt, zu Beginn einleitende Ausführungen zu machen. Deshalb erteile ich ihm das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will ganz kurz über die aktuelle Situation berichten. Aktuell haben wir heute in Bayern einen Inzidenzwert von 83,1 und liegen im Vergleich der Bundesländer auf Platz 9. Allerdings haben wir auch festzustellen, dass wir bei Orten, in denen der Inzidenzwert über 200 liegt, nämlich in der Grenzregion, merken, dass die Werte wieder nach oben ausschlagen. Dies hängt auch mit Testungen zusammen; dies hängt auch mit dem mutierenden Virus zusammen. Man sieht, wie volatil die Situation noch ist: Die Werte steigen einen Tag, dann gehen sie wieder nach unten. Tatsächlich ist der Trend noch nicht so fest, wie wir uns das wünschen. Diese aktuelle Situation wollte ich darstellen.

Die Sequenzierungen werden mit Blick auf das mutierende Virus nach oben gefahren. Möglicherweise haben Sie auch den Medien entnommen, dass das Bündnis aus den Universitätskliniken zusammen mit dem LGL in Zukunft 700 Sequenzierungen pro Woche durchführen können. Dadurch erhalten wir eine bessere Information. Vor allem können wir dann auch klinisch und epidemiologisch bewerten, wie die Verläufe sind, und erhalten dann möglicherweise auch eine gewisse Übersicht, um nach vorne gerichtet zu handeln, statt hinterher Feststellungen treffen zu müssen.

Ich will auch kurz über ein Gespräch informieren, das ich gestern zusammen mit Staatsminister Aiwanger im Nachgang zum Impfgipfel führen durfte, den ich heute nicht näher bewerten will. Wir haben schon länger gesagt, dass wir mit unseren Pharmafirmen, mit denen wir bilateral nach wie vor in engem Kontakt stehen, das Gespräch über die Medikamentenentwicklung und auch über die Perspektiven zum Impfstoff suchen. Dabei geht es nicht um die kurze Frist, weil es im Moment sehr schwierig ist, die Produktion zu steigern, da die Produktion von Impfstoffen nicht einfach ist. Wir wissen aber auch, dass wir in der Zukunft weiterhin Impfstoff brauchen. Wir wollen den Standort Bayern gemeinsam, lieber Hubert Aiwanger, noch besser und deutlicher positionieren. Ich habe gestern in den Gesprächen gemerkt, dass es bei den Firmen die Idee gibt, sich untereinander zu verständigen, gemeinsam für die Zukunft Kapazitäten aufzubauen und zu überlegen, wie diese Dinge gegen Ende dieses Jahres, Anfang nächsten Jahres weiterentwickelt werden können. Wir beide haben signalisiert, dass der Freistaat bereit wäre, dies zu unterstützen.

Ich meine, es ist wichtig, schon in die Zukunft zu denken. Impfstoff wird in der Zukunft nämlich immer ein großes Thema sein. Dabei denke ich insbesondere an den mRNA-Impfstoff, der aus der Krebsforschung kommt. Heute haben wir ja den Weltkrebstag. Wir wissen, dass Entwicklungen und Innovationen auf diesem Gebiet in der Zukunft in alle Richtungen helfen werden.

Dies vielleicht als kurzes Schlaglicht auf die heutige aktuelle Lage. Damit beende ich die Einführung, Frau Präsidentin.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich beginne mit der Frageunde. Als erster Fragesteller hat sich der Kollege Uli Henkel gemeldet; die Frage richtet sich an das Gesundheitsministerium. Insofern kann der Minister gleich am Rednerpult bleiben. Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Werter Herr Staatsminister, die AfD hat ja schon sehr früh darauf hingewiesen, dass hier ein systemischer Fehler vorliegt, wenn seitens der Regierung

teils drakonische Maßnahmen beschlossen werden, zu deren Rechtfertigung Inzidenzen herangezogen werden, die sich aber nicht aus echten Neuinfektionen errechnen, sondern aufgrund positiver oder vermeintlich positiver Tests auch von Personen, die keinerlei Krankheitssymptome aufweisen.

Somit dienen also die PCR-Tests und die daraus resultierenden Erhebungen –korrekterweise würde ich sie als Meldedaten bezeichnen – zur Rechtfertigung für den Lockdown und auch für die damit verbundenen Grundrechtseinschränkungen.

Deshalb möchte ich Sie jetzt fragen, wie Sie bei diesem Erkenntnisstand die Tatsache bewerten, dass die WHO ihre Beurteilung der positiven PCR-Tests kürzlich noch einmal dahin gehend konkretisiert hat, dass ein solcher positiver PCR-Test nur dann überhaupt aussagekräftig ist und als Grundlage einer Inzidenz gelten kann, wenn der Test auch mit einer vorherigen gründlichen Anamnese des Patienten verbunden ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sehr geehrter Herr Kollege Henkel, für mich ist nach den Diskussionen mit Wissenschaft und Medizin eigentlich klar, dass die Erkenntnisse über das Virus und die Berechnung der Neuinfektionen auf dem Goldstandard des PCR-Tests beruhen. Wir haben den PCR-Test jetzt sogar noch um einen Varianten-PCR-Test erweitert, der es uns ermöglicht, Mutanten nachzuweisen und Verdachtsfälle zu analysieren, die dann auch sequenziert werden. Ich kann derzeit nicht sehen, dass eine unterschiedliche Bewertung vorliegt. Die Basis ist nach wie vor der PCR-Test. Basis ist auch die damit zusammenhängende Virenlast. Wir haben auch Antigen-Schnelltests, die im Einsatz sind. Die Sensibilität und Validität dieser Tests wird durchaus unterschiedlich beurteilt. Ich glaube aber, dass im Kern die PCR-Tests die Basis für die Erkenntnisgewinnung sind.

Die Frage der Inzidenz und des Wertes 50 ist nach wie vor richtig und wichtig, da es nur dann wirklich gelingt, die Kontakte in einem vernünftigen Maße nachzuverfolgen und zu unterbrechen. Dies gelingt uns später auch noch, weil dann die 4.200 Leute,

die wir inzwischen einsetzen und mit aller Kraft motivieren, die Kontakte nachverfolgen können. Daher ist der Inzidenzwert 50 als Marker der Normalfall. Ich kann nicht erkennen, dass man sich in Deutschland anders positioniert, dass sich die Wissenschaft anders positioniert. Sie kennen ja die Aussagen der Leopoldina, des Max-Planck-Instituts und der Helmholtz-Institute, die alle immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig diese Werte sind, die sogar noch unter diese Werte wollen, was wir auch wollen, weil wir glauben, dass wir erst dann eine echte Perspektive entwickeln können, die nachhaltig Eröffnungsszenarien trägt, die ich im Moment noch nicht erkenne. Wir müssen weiterhin die Lage beobachten und abwarten.

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Nachfrage hat der Kollege Henkel noch einmal das Wort.

Uli Henkel (AfD): Dann frage ich Sie noch einmal ganz konkret zu den positiven Testergebnissen, und zwar zu den positiven Testergebnissen an den Grenzen, zum Beispiel an der tschechisch-bayerischen Grenze im Hinblick auf zum Beispiel tschechische Pendler oder Einreisende. Wie werden denn die dort gemessenen Inzidenzen behandelt? Fließen diese Daten in die Inzidenzen der Oberpfälzer Landkreise mit ein und erhöhen damit die dortigen Inzidenzwerte, oder fließen sie nicht mit ein?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Die Ergebnisse der Tests, die dort von den tschechischen Pendlern gemacht werden, werden an die Gesundheitsämter der Orte gemeldet, in denen die getesteten Personen wohnen, also dann in Tschechien.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister Sibler, ich muss Sie auch diesmal wieder mit einer bedauerlichen politischen Verzögerung bzw. Verspätung konfrontieren. Es hat lange genug gedauert, bis in Bayern der erste Antrag zum Künstlerhilfspro-

gramm gestellt werden konnte. Allerdings reichen die Hilfen nur für den Zeitraum von Oktober bis Dezember. Ab dem 1. Januar hängen die Kulturschaffenden in Bayern wieder in der Luft. Es gibt bis heute keine Aussage, wie es da weitergeht, obwohl schon ein Monat in das neue Jahr gegangen ist. Deshalb meine Frage: Wird das Programm dann rückwirkend ab dem 1. Januar fortgesetzt? Wann fällt hierzu die Entscheidung, und ab wann können die Kulturschaffenden in Bayern hierzu Anträge stellen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Sibler hat das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Halbleib, herzlichen Dank für die Frage. Erst mal ein Überblick über die Solo-Selbstständigenghilfe, die wir am 17. Dezember sehr erfolgreich gestartet haben: Sie wurde mit einem Begleitausschuss aus der Kunst- und Kulturszene erarbeitet. Wir haben mit dem Programm große Erfolge und große Akzeptanz in der Szene. Wir hatten in kurzer Zeit rund 4.000 abgegebene und in Vorbereitung befindliche Anträge. Rund 130.000 sind bereits ausbezahlt. Es ging also sehr, sehr schnell und läuft sehr, sehr gut.

Der Kabinettsbeschluss, den wir damals gefasst haben, beinhaltet, dass das Programm bis zum 30.06.2021 laufen soll, wenn wir die Dinge mit dem Bund entsprechend abgestimmt haben.

Heute Nacht gab es im Koalitionsausschuss die Nachricht, dass 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Kulturförderung kommt. Die Überbrückungshilfe III ist auf der Zielgeraden. Wir hören, dass wir jetzt 7.500 Euro bekommen. Markus Söder, unser Ministerpräsident, hatte ja schon bei Einrichtung dieses Programmes darauf hingewiesen, dass die 5.000 Euro zu wenig sind. Jetzt hat sich der Bund nach der Decke gestreckt und erhöht. Wir sind gerade dabei, all diese Dinge zusammenzufügen und eine Ministerratsvorlage zu gestalten und zeitnah umzusetzen.

Daneben werden wir im Februar mit unserem Stipendienprogramm starten können und hier weitere Hilfen geben können. Das heißt, wenn wir alle Dinge mit dem Bund abgeklärt haben – und das müssen wir tun, das war beim Start des Solo-Selbstständigenprogramms das gleiche Problem –, dann werden wir das sofort umsetzen. Die Problematik war eben damals, dass lange nicht klar war, ob man mit bayerischem Geld Bundesgeld ersetzen kann. Das haben wir lösen können und damit eine gute Lösung für die Künstlerinnen und Künstler finden können. So wird es bei den Fragen bis zum 30.06. auch sein.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Halbleib hat eine Nachfrage, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich stelle zunächst mal fest, dass keine Aussage kommt, ab wann tatsächlich der Antrag für den Zeitraum ab Januar gestellt werden kann. Es tut mir leid, Herr Minister, heute wäre Gelegenheit gewesen, Klarheit zu schaffen. Die Klarheit ist nicht da.

Deswegen frage ich auch noch zum Stipendienprogramm. Es war definitiv für den 1. Januar angekündigt. Dann haben Sie die Ankündigung auf den 1. Februar verschoben. Heute haben wir den 4. Februar, und Sie tragen nach wie vor allgemeine Aussagen über eine angebliche Abstimmung mit dem Bund vor.

Ich erwarte jetzt von Ihnen klare Aussagen dazu, was mit dem bayerischen Hilfsprogramm ist und was mit dem bayerischen Stipendienprogramm ist, das wir als SPD schon lange gefordert haben. Ab wann wird das umgesetzt? Wann können die Anträge gestellt werden?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Wir sind jetzt mit dem Stipendienprogramm fertig. Die Antragstellung wird in den nächsten Tagen fertig sein. Wir müssen die Auszahlung mit den Regierungen und Bayern Innovativ abschließend klären. Wir haben bei den anderen Programmen auch die Zielgerade erreicht und werden das in den nächsten Tagen fertig haben, Herr Kollege Halbleib.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt vom Kollegen Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Staatsminister, ich habe mich gestern auf einen unterhaltsamen Fernsehabend gefreut. Dann habe ich in der "Münchner Runde" mitbekommen, wie ein Landesschülersprecher aus Erlangen Ihnen vorgeworfen hat, die versprochenen Digitalisierungsmaßnahmen seien nicht vor Ort angekommen. Ich möchte Sie kurz erinnern: Ich habe Sie schon vor zwei Monaten im Bildungsausschuss darauf hingewiesen, dass die Mittel für die IT-Administration für die Schülerleihgeräte in Erlangen fehlen. Die Problematik ist nicht zu unterschätzen, weil auch das beste Leihgerät nichts bringt, wenn man es nicht richtig nutzen kann.

Gestern Abend habe ich von Ihnen im Fernsehen gehört, dass beim Thema "Wartung und Pflege" angeblich der Landtag schuld sei: Wir hätten einen Nachtragshaushalt machen müssen und die Gelder zur freien Verfügung stellen müssen.

Ich möchte Sie nur mal daran erinnern, dass der Bayerische Landtag bereits im März 2020 mit Zustimmung aller Fraktionen der Regierung einen Sonderfonds zur Bewältigung der Corona-Pandemie mit 10 Milliarden Euro zur freien Verfügung gestellt hat und diese Summe im April noch mal verdoppelt hat. Also, da gab es einen Nachtragshaushalt. Ich möchte Sie fragen: Warum haben Sie nicht versucht, diese Gelder schon früher auch für die IT-Administration zu bekommen?

Sie haben jetzt auf einen Nachtragshaushalt verwiesen. Ich vermute mal, Sie meinen den Haushalt 2021, der voraussichtlich erst Ende März 2021 beschlossen werden kann. Da sind 20 Millionen Euro zur Förderung der IT-Administration für die Schulsachaufwandsträger vorgesehen. Diese Gelder stehen also nach mehr als einem Jahr nach dem ersten Schulloekdown bereit. Haben Sie denn nicht ernsthaft von Anfang an geplant, die Schulen früher zu versorgen, oder war es Ihr Plan, erst ein Jahr später die Mittel für Wartung und Pflege bereitzustellen?

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat Staatsminister Prof. Dr. Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Lieber Herr Fischbach, vielen Dank für die Frage. Schön, dass Sie den gestrigen Abend mit Bildung verbracht haben. Das freut mich. Es gab ja noch andere Programme. Das ist schon mal ganz lobenswert.

Sie werden auch mitbekommen haben, dass ich dem Schüler geantwortet und gesagt habe: Wir haben im Moment 182.000 Leihgeräte, aber wesentlich weniger Anträge, und er soll mir bitte genau die Schülerinnen und Schüler und die Schulen nennen, denen ein Gerät fehlt. Dann werden wir uns darum kümmern.

Bei diesen Dingen sollen die Schülerinnen und Schüler den jeweiligen Schulleiter fragen. Dann werden Geräte ausgegeben. Das läuft dann natürlich mit den entsprechenden Sachaufwandsträgern zusammen und gegebenenfalls, falls an der Schule selbst nichts vorhanden ist, über die Schulaufsicht, damit man das organisieren kann, sofern es Ausgleichsmöglichkeiten zwischen den Schulen eines Schulaufwandträgers gibt.

Ihre zweite und längere Frage handelte aber von etwas anderem, und da ist Ihnen die Zeitschiene bei der Frage etwas verrutscht, glaube ich. Es ist folgendermaßen: Es geht jetzt um Wartung und Pflege, und zwar nicht um Wartung und Pflege nur in der Pandemie, sondern grundsätzlich. Grundsätzlich geht es um Wartung und Pflege von IT. Das ist natürlich während der Corona-Pandemie wichtig, aber auch danach. Wir wollen die Digitalisierung danach selbstverständlich fortsetzen, und zwar mit vollem Druck und vollem Einsatz, und sehen das auch als große Chance.

Der Corona-Fonds ist nur für die Dinge gedacht, die Corona direkt betreffen. Es geht um ein neues Programm, und es geht um eine Schiene, die Bayern betrifft. Beim Digitalisierungsgipfel im Sommer ist das mit den kommunalen Spitzenverbänden entschieden worden – also nicht im März, sondern im Sommer –, und das Programm wird erst im Haushalt dieses Jahres finanziert. Es wird auch im übernächsten Haushalt sein.

Noch mal: Weil es sich verlängert und jetzt bis 2024 aufgesetzt ist, ist dafür der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament, zuständig. Ich habe es gestern auch in der Sendung gesagt: Wenn die gesamte Opposition und auch die Regierungsfractionen darauf verzichten, über den Haushalt abzustimmen, dann kann man darüber reden. Nur ist das das Königsrecht des Parlamentes. Das ist auch Ihr Recht als Opposition. Insofern wundert es mich, dass Sie da so implizit darauf verzichten. Das haben Sie nicht direkt getan, sondern das ist das Verfahren in einem Rechtsstaat.

Ansonsten ist es natürlich so, dass bei Wartung und Pflege die Kommunen zuständig sind, wir aber bewusst gesagt haben, in dieser Situation und bei dieser großen Herausforderung wollen wir finanzielle Unterstützung leisten. Das haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage des Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Staatsminister, jetzt muss ich schon noch nachfragen. Der Schuldigitalisierungsgipfel war im Juli. Im Juli haben Sie unter anderem auch 45 Millionen Euro für Lehrerdienstgeräte und für Leihgeräte für Schüler zugesagt. Die waren über den Corona-Sonderfonds finanziert.

Vor Ort erlebe ich, dass mir Schulleiter, übrigens auch wieder aus Erlangen, berichten, dass sie nicht mal den Bedarf anmelden, weil sie nicht wissen, wer sich vor Ort um diese Geräte kümmern kann. Das hat man doch nicht zu Ende gedacht. Man muss doch die Wartung und Pflege dieser neuen Geräte mitdenken.

Sie müssen mal schauen: Wenn nach Erlangen alleine 1.400 Leihgeräte kommen, müssen sich doch mehrere Personen in Vollzeit darum kümmern, diese Geräte zu warten, falls Probleme auftreten usw. usf. Die müssen die einrichten. Das reicht doch nicht. Warum haben Sie da nicht mitgedacht – Juli ist schon wieder über ein halbes Jahr her – und entsprechende Gelder beantragt? Haben Sie nicht ein einziges Mal

den Finanzminister gefragt? Hat auch Herr Söder, der mit dabei war, nicht ein einziges Mal Anstalten gemacht, diese Gelder bereitzustellen?

Übrigens eine letzte kleine Frage: Fänden Sie es nicht auch gut, wenn sich Herr Söder auch mal dieser Regierungsbefragung stellen würde, die er selbst angekündigt hatte?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Jetzt purzeln Zahlen und Fakten schon ziemlich durcheinander. Noch mal, einfach zur Erklärung: Man muss auf der einen Seite die Zuständigkeit sehen. Für Wartung und Pflege sind die Kommunen zuständig, Punkt. Wir haben den Ausbau der IT-Ausstattung mit unterschiedlichen Programmen unterstützt. Das Lehrerdienstprogramm ist übrigens auch nicht nur für Corona aufgesetzt; ich habe das schon vorher gefordert, und Lehrerdienstgeräte braucht man auch nachher.

Es gibt zwei verschiedene Schienen, nämlich zum einen die von Ihnen erwähnten übrigens 15 Millionen Euro, die von Bayern beim Digitalgipfel entsprechend ausgemacht worden sind. Zum anderen kommt noch ein Annex zum Digitalpakt des Bundes dazu – das wissen Sie –, der in einer kleinen Runde mit der Kanzlerin am Abend, bei der ich dabei sein durfte, vereinbart wurde. Ich habe dort als Erster genau diese Forderung gestellt, die die Kollegen unterstützt haben.

Danach gab es aber noch eine große Runde der Kultusminister im September. Es geht um Geld, sodass man das nicht einfach nur so machen kann, sondern es gibt Entscheidungen des Bundestages. Anschließend wird erst einmal eine Ländervereinbarung geschlossen, wie das Geld ausgereicht wird. Alle Bundesländer müssen zustimmen – die letzten beiden waren Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Bevor sie unterschrieben haben, hatten wir aber bereits gesagt: Wir ermöglichen über die entsprechende Förderrichtlinie bereits die rückwirkende Förderung, sodass die Kommunen schon anschaffen können.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Unabhängig davon haben die Schulaufwandsträger aber bereits 30.000 Lehrerdienstgeräte ausgereicht; das ist also alles schon auf einem guten Weg. Das geht auch sehr schnell. Schauen Sie sich mal an, was in den zehn Jahren davor und in der Zeit passiert ist, als es hier einen Wirtschaftsminister der FDP gab. Wo sind denn da die Lehrerdienstgeräte gewesen? – Damals gab es keine.

(Zuruf)

Jetzt, wo wir gemeinsam in der Verantwortung stehen, kommt das mit voller Wucht und Geschwindigkeit. Jetzt kann jede Kommune Lehrerdienstgeräte anschaffen. Jede Kommune kennt exakt die Zahl und das Budget, das sie ausgeben kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächsten beiden Fragen gehen an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Die erste Frage kommt von der Kollegin Dr. Beate Merk von der CSU-Fraktion.

Dr. Beate Merk (CSU): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben schon darauf hingewiesen, dass heute der Weltkrebstag ist. Krebs ist nicht einfach nur eine Krankheit, sondern hat verschiedenste Ausprägungen. Natürlich befinden sich die Patienten auch immer in verschiedensten Stadien. Vor diesem Hintergrund meine Fragen:

Wie wirkt sich eine COVID-19-Infektion auf Krebspatientinnen und Krebspatienten aus? Gibt es Erkenntnisse in Ihrem Haus über Verlaufsformen? Welche Erfahrungen wurden in den vergangenen Wochen dazu gemacht? Sehen Sie die Einschätzung der STIKO in diesem Fall für richtig an, Krebspatienten in Impfstufe 3 zu nehmen? Kann das Programm BayIMCO diese Krebspatientinnen und Krebspatienten herausfiltern und sie einer entsprechenden Würdigung zuführen?

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Staatsminister Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Vielen Dank, Frau Kollegin Merk, für die Fragen, die gerade heute am Weltkrebstag ganz wichtig sind. Ich habe versucht, es vorhin zu sagen: Wir dürfen dieses Thema trotz der Corona-Diskussion nie aus dem Auge verlieren, weil es inzwischen die zweithäufigste Todesursache ist. Laut STIKO ist erwiesen, dass für besonders schwere Verläufe von COVID-19 auch eine Krebserkrankung ein wichtiger Indikator ist; deswegen sollten wir das im Auge behalten.

Es hängt natürlich von der Krebsart, von den individuellen Voraussetzungen und von der konkreten Erkrankungssituation ab. Die Prognose verbessert sich durchaus nicht, weshalb es schon wichtig ist, dass wir dieses Thema bei der Frage nach der Priorisierung immer wieder einbringen und immer wieder schauen, wie sich das entwickelt.

Wir stehen kurz vor der Novellierung der Coronavirus-Impfverordnung, die diese Woche vorgelegt wird. Auch dazu gibt es weitere Empfehlungen der STIKO. Es gibt auch die Frage, wie Krebspatienten dort einzuordnen sind. Jetzt sind sie in Stufe 3. Möglicherweise gibt es in der Zukunft ein Aufrücken; das kann ich jetzt noch nicht abschließend sagen und beurteilen. Wir wollen bei der Priorität auf jeden Fall weiter kämpfen, was für diese Erkrankung ganz wichtig ist. Wir wollen uns sehr eng an das anlehnen, was uns die STIKO vorgibt.

Die Software BayIMCO kann das im Moment noch nicht, wird aber fortentwickelt, weil wir von AstraZeneca einen neuen Impfstoff haben, der nur für eine gewisse Alterskohorte zugelassen ist; auch das muss in Zukunft nachverfolgt werden. Deswegen werden wir BayIMCO fortentwickeln.

Wenn Sie gestatten, möchte ich noch einen Satz zum Weltkrebstag sagen, weil mir das wirklich ein wichtiges Anliegen ist, heute an dieser Stelle anzumerken: Wir haben in Bayern ein Bündnis zu diesem Thema, was Innovationen angeht. Wir haben gestern ein Projekt zur Digitalisierung im Bereich der Prävention mit 5,4 Millionen Euro gefördert, mit dem wir auch personalisierte Medizin unterstützen. Wir wollen von Bayern

aus einen wichtigen Beitrag für den Kampf gegen den Krebs in dieser Dekade leisten, der europaweit geführt wird. Mir persönlich ist das ein großes Anliegen, gerade auch beim Brustkrebs, der einer der häufigsten Krebserkrankungen bei Frauen ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage kommt vom Kollegen Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, die verschärfte Testpflicht an der bayerisch-tschechischen Grenze sorgt für vielfältige Probleme, unter anderem für stundenlange Wartezeiten der betroffenen Pendlerinnen und Pendler. Ich bezweifle nicht, dass Testungen angesichts des dramatischen Inzidenzgefälles sinnvoll sind, aber die Umsetzung ist doch eher mangelhaft.

Laut Antwort Ihres Ministeriums vom 22. Dezember 2020 hat die Einführung der Testpflicht im vergangenen Jahr konkret nicht in Abstimmung mit unserem Nachbarstaat Tschechien stattgefunden. Schon bei der einfachen Testpflicht im letzten Jahr gab es also keine Koordinierung mit unserem Nachbarstaat bei der Umsetzung.

Nach einem Dreivierteljahr Pandemie darf so etwas eigentlich überhaupt nicht mehr vorkommen. Die Staatsregierung hat eine europapolitische Verantwortung, der sie so nicht gerecht wird. Deswegen meine ganz konkrete Frage: Hat vor Einführung der jetzt verschärften Testpflicht eine Koordinierung mit den verantwortlichen Stellen in Tschechien stattgefunden – insbesondere zu der Frage, wie das erwartbar hohe Testaufkommen bewerkstelligt werden soll?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege, dazu kann ich folgende Ausführungen machen: Erstens wurde Tschechien kurzfristig als Hochinzidenzgebiet eingestuft; das wissen Sie. Die Kurzfristigkeit der Einstufung – ich glaube, sie ist am Sonntag um 24 Uhr in Kraft getreten – hat natürlich dazu geführt, dass wir schnell die wichtige Frage beantworten müssen: Mit welchen Mechanismen können wir dazu beitragen, dass das Virus nicht zu uns eingetragen wird? Das kann uns nämlich passieren. Das gilt übrigens in beide Richtungen; das will ich nicht ausschlie-

ßen. Es geht also nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen – nicht, dass Sie das falsch verstehen –, denn ich glaube, das sollte man in Europa nicht tun.

Wir haben natürlich die Verantwortung dafür, darauf zu schauen, was passiert, wenn Pflegepersonal hereinkommt, wenn Arbeitnehmer hereinkommen. Wir wissen alle, welche Einschlüsse es gibt, wenn das Virus in Pflegeeinrichtungen verbreitet wird. Gerade unser Ministerpräsident hat vor Kurzem erst – das weiß der Staatskanzleichef vielleicht noch besser – mit dem Ministerpräsidenten von Tschechien über die Frage gesprochen, wie man weiter zusammenarbeiten kann und was Tschechien in seiner Verantwortung möglicherweise zum Testangebot beitragen kann. Wir haben auch angeboten, dass wir bei Intensivbetten mithelfen, wenn es dort Probleme gibt.

Wir sind also alle an einer bestmöglichen Nachbarschaft interessiert und werden immer im Gespräch bleiben. Ich selbst war an der Grenze in Cham, habe dort mit Vertretern der tschechischen Regierung sprechen können und hatte nicht das Gefühl, dass wir nicht in einem guten Einvernehmen sind, sondern uns verbindet vielmehr die Sorge, dass es zu noch mehr Infektionen, zu mehr schweren Krankheitsverläufen und letztlich zu einer Überlastung unseres Gesundheitssystems kommt. Das wollen weder die Tschechen noch wir. Deshalb sehe ich hier keinen Dissens.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es gibt noch eine Rückfrage.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sie haben gerade eine Menge Sachen aufgezählt, unter anderem das Gespräch des Ministerpräsidenten Babiš mit Ministerpräsident Söder. All das hat aber erst stattgefunden, nachdem das Problem schon aufgetreten war. Welche Strukturen hat denn die Staatsregierung in den letzten zehn Monaten etabliert, damit man zusammen mit den Nachbarstaaten solche Fragen frühzeitig klärt? Die Pandemie ist ja nicht neu, und es ist erwartbar, dass es in den nächsten Monaten in den Grenzregionen immer wieder zu erheblichen Inzidenzunterschieden kommen

kann. Welche Strukturen haben Sie im Ministerium angelegt, um auf Arbeitsebene mit den Nachbarstaaten solche Fragen zu klären?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Was die Strukturen an der Grenze angeht, kann ich Ihnen versichern, dass unsere Landrätinnen und Landräte sowie Oberbürgermeister im ständigen Austausch mit den Verantwortlichen auf der anderen Seite der Grenze stehen. Das funktioniert gut. Ich glaube, man muss nicht künstlich Dinge aufsetzen, wenn die Sachen unten an der Basis funktionieren. Außerdem haben wir ein neues Europaministerium geschaffen; das ist doch auch eine neue Struktur.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage richtet sich jetzt an das Wirtschaftsministerium, und der Fragesteller ist der Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Anfang Januar wurde die Möglichkeit für Click and Collect geschaffen, und das Ganze läuft jetzt seit circa einem Monat. Gibt es in Ihrem Hause oder direkt von Ihrer Seite Erkenntnisse, wie diese Möglichkeiten sowohl vom Handel als auch von den Kunden angenommen werden?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Mit Click and Collect wurde in Bayern am 11. Januar dieses Jahres begonnen, nachdem am 16.12. letzten Jahres der Handel im Zuge der Lockdown-Maßnahmen geschlossen wurde. Es war eine wichtige und richtige Entscheidung, dass wir dieses Click-and-Collect-System zugelassen haben, wenngleich die Umsätze bei Weitem nicht die Höhe erreichen, die sie erreichen sollten und könnten.

Trotzdem: Vom Einzelhandel hören wir durchschnittlich, dass etwa 5 bis 10 % des Umsatzes zu Normalzeiten jetzt über Click and Collect läuft. Bei den Buchhandlungen sind es erfreulicherweise sogar rund 40 % mehr als in Normalzeiten. Das heißt, viele Leute holen sich gerade in diesen schwierigen Zeiten einmal ein Buch und lesen es.

Insofern ist dieses System bei den Buchhandlungen ein Volltreffer. Auch im Bereich der Bau-, Elektro- und Möbelmärkte hören wir von Umsätzen von teilweise deutlich über 10 %.

Das System hat in erster Linie die Auswirkung, dass der Warenbestand in Liquidität umgesetzt wird. Der Betrieb läuft in der Regel nicht kostendeckend. Die Defizite können aber reduziert werden, indem die Ware nicht auf Halde liegt und Einnahmen – wenn auch nur in geringer Höhe – in die Betriebskasse tröpfeln.

Insofern haben wir hier eine richtige Entscheidung getroffen. Ein Danke auch an den Koalitionspartner, dass wir das gemeinsam voranbringen konnten. – Es ist ein kleiner Lichtblick für den Handel, aber natürlich auf Dauer keine Lösung zum Durchhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es liegt keine weitere Nachfrage vor. Die nächste Frage, die von dem Kollegen Markus Plenk kommt, richtet sich an den Leiter der Staatskanzlei.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, die Bundeskanzlerin hat am Anfang der Woche geäußert – Zitat –: Solange wir die Situation haben, dass nur ein kleiner Teil der Menschen geimpft ist, wird es keine neuen Freiheiten geben. – Stimmen Sie dieser Äußerung von Frau Merkel zu, und wie lange wollen Sie diese verfassungsfeindliche Politik noch mittragen bzw. fortführen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Dr. Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Plenk, ich gehe davon aus, dass Sie hier, wie üblich, völlig verdrehte Zitate bringen. Ich kann das nicht beurteilen. Außerdem weise ich den Vorwurf einer verfassungsfeindlichen Politik der Kanzlerin zurück.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Rückfrage erteile ich dem Kollegen Plenk noch einmal das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, dieses Zitat habe ich nicht erfunden; das war das Originalzitat. Frau Merkel hat außerdem geäußert: Wer sich nicht impfen lassen möchte, kann vielleicht bestimmte Dinge in Zukunft nicht machen. – Sehen Sie das genauso, obwohl Geimpfte und Nichtgeimpfte weiterhin infektiös sein können und zwischen den beiden Gruppen insofern kein Unterschied besteht?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Die Lage ist völlig unverändert. Erstens. Es wird keine allgemeine Impfpflicht geben. Zweitens. Diese Debatte wird derzeit noch zu einer Unzeit geführt, weil bei Weitem noch nicht genug Menschen geimpft sind. Momentan stellt sich die Frage der Differenzierung deshalb einfach noch nicht. Die Frage, was irgendwann geschieht, wenn wir in Richtung Herdenimmunitätsschwelle kommen oder weite Teile der kompletten Bevölkerung geimpft sind, wird sich dann stellen.

Ich verweise zur Information einfach einmal darauf, dass wir beispielsweise im Bereich der hochansteckenden Infektionskrankheit Masern für bestimmte Bereiche eine Impfpflicht haben. Diese gilt jedoch nur für bestimmte Bereiche, nämlich für das Betreten von Kindertagesstätten sowie für das dortige Personal und das Personal in Kliniken.

Eine Debatte über die Impfpflicht brauchen wir aktuell aber noch nicht zu führen, weil wir erst einmal dafür sorgen müssen, dass flächendeckend geimpft wird. Abgesehen davon gibt es bereits heute schon Bereiche auf der Welt, wo Sie nur hinfahren können, wenn Sie geimpft sind.

Sie führen eine komplette Scheindebatte, die eigentlich darauf ausgerichtet ist, die Menschen komplett zu verunsichern, was diese Impfung betrifft, anstatt auf die Tatsa-

che hinzuweisen, dass es in der Menschheitsgeschichte noch nie gelungen ist, innerhalb von zwölf Monaten nicht nur einen, sondern drei hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung zu haben, um eine Pandemie zu brechen. Das sollte man in den Vordergrund stellen und nicht Ihre abstrusen Fragen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Wirtschaftsministerium und wird für die AfD-Fraktion von dem Kollegen Gerd Mannes gestellt.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, viele Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand, weil sie ihre Geschäftstätigkeit nicht ausüben können. Die November- und Dezemberhilfen sind nicht wie geplant ausbezahlt worden, obwohl Sie das im Dezember hier im Plenum versprochen haben.

Im Lockdown machen Großkonzerne und Discounter sowie Amazon oder auch Fast-Food-Ketten prächtige Geschäfte. Gleichzeitig geht es den mittelständischen Einzelhändlern und dem Gastgewerbe sehr schlecht. Dort droht eine schlimme Insolvenzelle.

Herr Aiwanger, aus unserer Sicht richtet Ihre Koalition seit Monaten ein wirtschaftspolitisches Massaker insbesondere an kleinen und mittelständischen Unternehmen an. Den wirtschaftlichen Schaden der Maßnahmen Ihrer Staatsregierung kann man nur noch als unerträglich bezeichnen. Sie haben aber, das muss man sagen, als Stimme der Vernunft wiederholt schnelle Lockerungen der strikten Corona-Regeln gefordert. Die Staatsregierung hat Ihnen da jedoch widersprochen.

Ich habe ein paar Fragen. Erstens. Welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen bzw. wird die Staatsregierung noch ergreifen, damit alle Auszahlungen an Unternehmen schnell erfolgen können?

Zweitens. Welche konkreten Lockerungen planen Sie nach dem 14.02.2021 durchzusetzen, damit die vom Lockdown betroffenen Unternehmen ihre Arbeit wieder aufnehmen können?

Ein Blick nach Österreich: Dort werden ab dem kommenden Montag die Schulen, Geschäfte und Friseure wieder geöffnet. Könnte das aus Ihrer Sicht auch ein Modell für Bayern sein? Würden Sie dazu bitte etwas sagen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Vielen Dank für die Fragen, die immer wieder kommen und die die Öffentlichkeit zu Recht beschäftigen. – Wie bewegen wir uns bei den Themen "Auszahlungen" und "Öffnungen"? Ich habe mehrfach ausgeführt, dass wir in Bayern in puncto Auszahlungen bundesweit Spitzenreiter sind. Wir haben beispielsweise bei der Novemberhilfe bereits doppelt so viele Auszahlungen getätigt wie das nächste Bundesland auf Platz zwei.

Mittlerweile sind auch deutlich über 70 % der Betriebe, die eine Novemberhilfe beantragt haben – das waren 55.000 Betriebe –, schon bedient. Bei der Dezemberhilfe erfolgt seit Freitag letzter Woche die Auszahlung. Derzeit gibt es dafür ungefähr 45.000 Anträge. Wir sind hier mit mehreren Tausend Auszahlungen pro Tag angelaufen, nachdem jetzt endlich auch die Bewilligungssoftware des Bundes da ist. Es ist nicht immer einfach, all das zu programmieren, wobei ich den Schwarzen Peter aber gar nicht weiterschieben, sondern versuchen will, das zu erklären.

Natürlich hätten sich viele Unternehmen diese Gelder deutlich früher gewünscht. Wir sind jedoch froh, dass jetzt wenigstens die Novemberhilfe überwiegend abgearbeitet ist, die Dezemberhilfe gut im Laufen ist und für die Überbrückungshilfe III in den nächsten Tagen – das hoffen wir – die Antragsmöglichkeit besteht, sodass dann unter verbesserten Bedingungen ein monatlicher Abschlag bis zu 100.000 Euro rausgehen kann.

Wie gesagt, jeder Betrieb hätte das gerne ein oder zwei Monate früher gehabt, und viele hätten das auch gebraucht. Wir können an dieser Stelle als Land Bayern aber nicht zaubern und müssen uns hier der Bundeslösung unterwerfen.

Was die Öffnungen anbelangt, sehen Sie hier eine sehr breite politische Debatte. Auf der einen Seite gibt es Zero-COVID-Befürworter, die sagen, wir müssten alles inklusive der Wirtschaft und der Industrie ein paar Wochen dichtmachen; denn dann wären wir bei null und die Welt wäre gerettet. Dem hänge ich nicht an. Auf der anderen Seite gibt es auch Leute, die sagen, wir müssten überhaupt nichts tun; alles öffnen und so tun, als wäre nichts. Auch dem können wir uns nicht anschließen.

Insofern bewegen wir uns in der vernünftigen Mitte und müssen immer den richtigen Punkt finden zwischen dem, was geöffnet sein kann, und dem, was aus Gründen der Gesundheit gut begründbar geschlossen bleiben muss. Natürlich ist hier die Wasserstandsmeldung fast jeden Tag eine andere. Wir schauen immer sehr gespannt auf die Entwicklung der Corona-Infektionszahlen und die Anzahl der positiv Getesteten. Die Inzidenz liegt Gott sei Dank deutlich unter 100 und marschiert weiter nach unten. Gott sei Dank ist in Bayern ein zunehmender Anteil der Landkreise bereits unter 50. Diese erfreuliche Entwicklung müssen wir im Auge haben, dürfen wir aber auch nicht verspielen. Wir verfolgen natürlich auch in Berlin, wie die Bundesländer diskutieren. Auch als Wirtschaftsminister der Bundesländer stecken wir die Köpfe zusammen und sagen, was sich die Wirtschaft wünschen würde. Genauso versuchen sich die Kultusminister darüber zu einigen, wann man die Schulen richtigerweise öffnet oder schließt. Die Gesundheitspolitiker betrachten das Thema aus gesundheitspolitischer Sicht und versuchen dann, eine vernünftige und mehrheitsfähige Schnittmenge zu finden.

Die Entwicklung der letzten Tage deutet durchaus darauf hin, dass eher Öffnungen möglich sind, als alles unverändert geschlossen zu halten. Das muss aber, wie gesagt, auf Bundesebene und natürlich auch innerhalb der bayerischen Koalition abgestimmt werden. Eine Herangehensweise könnte sein, dass wir mit der Gewichtung, mit der wir in den Lockdown hineingegangen sind, wieder herausgehen. Wir haben im No-

vember und Dezember des letzten Jahres die Gastronomie und den Tourismus geschlossen und Mitte Dezember den Handel und die Friseure hinterhergeschoben, weil man zu Beginn der Pandemie gesagt hat: Okay, Handel und Friseure lassen wir so lange wie möglich offen. Ich kann mir vorstellen, dass man dann, wenn es in Richtung Öffnung geht, mit dem Handel und den Friseuren als Erstes herausgeht.

Daten müssen, wie gesagt, diskutiert werden. Auch Inzidenzen müssen diskutiert werden. In Bund und Land müssen politische Mehrheiten gefunden werden. Ich schaue natürlich auch nach Österreich rüber, das diesen Weg mit Handel und Friseuren geht. Ich sage es ganz offen: Österreich geht auch den Weg, dass es sich den Kundenbesuch beim Friseur mit einem negativen Corona-Test vorstellt. Aber es ist in meinen Augen nicht unbedingt zielführend, wenn wir jeden, der zum Friseur geht, vorher zum Corona-Test schicken. Dann werden sich wohl viele weiterhin die Haare schwarz schneiden lassen oder eben nicht hingehen. Aber diese Details sind dann zu diskutieren, wenn es so weit ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt noch eine Nachfrage des Kollegen Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, Sie sind jetzt sehr unkonkret geblieben, obwohl Sie öffentlich natürlich immer entsprechende Forderungen stellen.

Erstens muss man einmal Folgendes nachfragen, weil ich vorhin die Discounter erwähnt habe: Die Schließung vieler Betriebe ist aus unserer Sicht völlig unverhältnismäßig. Ich nenne als Beispiel den Valentinstag. Da kann man Blumen beim Discounter kaufen, aber Gärtnereien sind geschlossen. Macht das aus Ihrer Sicht wirklich Sinn?

Eine zweite Frage zu Öffnungsperspektiven für Tourismus und Gastgewerbe: Es wurden jetzt Studien aus Skandinavien und der Schweiz veröffentlicht, die belegen, dass

beim Skifahren so gut wie keine Infektionen erfolgt sind. Haben Sie auch dazu eine Meinung?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Zum Thema "Floristen und Valentinstag": Es ist natürlich ein schweres Los, wenn die Gärtnereien zuschauen müssen, wenn der Supermarkt nebenher Blumensträuße verkauft, es aber die Floristen nicht dürfen. Ich schließe nicht aus, dass man dieses Thema auch auf Bundesebene erkennt und uns hier eine entsprechende Möglichkeit gibt. Ich hielte es für verantwortbar, dass auch die Floristen öffnen dürfen, wenn schon nebenher der Blumenladen im Supermarkt öffnen dürfte.

Zum Thema Discounter generell: Auf der einen Seite profitieren natürlich viele große Läden mehr. Auf der anderen Seite stellen wir aber fest, dass viele große Läden mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro, die jetzt geschlossen sind, nicht unbedingt Nutznießer sind, dass also nicht nach dem Motto "Die Kleinen werden geschröpft, und die Großen bekommen es" verfahren wird. Das stimmt so nicht; denn viele Große bekommen nur über den WSF Kredite. Diese Kredite müssen sie mit hohen Zinsen zurückzahlen, während bei vielen Kleineren durchaus ein verlorener Zuschuss eingesetzt wird.

Was die Öffnung der Gastronomie betrifft – dieses Thema habe ich in die vorherige Antwort eingebaut –, sage ich: Wir haben zuerst die Gastronomie, dann den Handel geschlossen. Ich gehe davon aus, dass wir in umgekehrter Reihenfolge aus dem Lockdown herausgehen. Genaue Daten können wir heute natürlich nicht festlegen und kommunizieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Die Frage kommt von Frau Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion.

Margit Wild (SPD): Die KZ-Gedenkstätte Dachau ist für die Bundesrepublik und für Europa von unschätzbaren und gleichzeitig herausragender Bedeutung sowie ein internationaler Ort für Bildung in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Toleranz. Mehreren Medien war zu entnehmen, dass ein coronabedingtes Haushaltsdefizit von 500.000 Euro entstanden ist. Laut Leiterin der KZ-Gedenkstätte ist es nicht mehr möglich, Toilettenpapier zu kaufen.

Herr Minister, ich frage Sie jetzt: Was haben Sie konkret unternommen, um dieses Defizit abzuwenden? Haben Sie im Haushalt dafür Mittel eingestellt?

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Liebe Frau Kollegin Wild, vielen Dank für die Frage. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass die KZ-Gedenkstätte Dachau für uns in Bayern ein ganz wichtiger Ort ist; ich möchte sagen: der wichtigste Ort als Gedenkstätte. Diese Gedenkstätte hat natürlich weit über Bayern hinaus eine entsprechende Wirkung. Insofern haben wir auch als Ministerium einen Blick darauf.

Auf der einen Seite ist es völlig richtig, dass manches – auch wegen Corona – nicht stattfinden kann. Deshalb sind entsprechende Einnahmeausfälle vorhanden. Die mir vorliegenden Zahlen liegen bei über 470.000 Euro. Insofern sind es ungefähr 500.000 Euro. Auf der anderen Seite gibt es weniger Ausgaben, nämlich nach mir vorliegenden Angaben über 500.000 Euro.

Wir schauen uns die Zahlen nochmals genauer an. Es gibt natürlich weniger Ausgaben; denn es finden keine Führungen und weniger Ausstellungen statt. Dadurch gibt es entsprechende Einsparungen. Das sind die Zahlen, die mir vorliegen. Ich habe in Zusammenarbeit mit der dafür zuständigen Stiftung und natürlich mit Frau Dr. Hammermann von der Gedenkstätte veranlasst, dass wir diese Zahlen nochmals überprüfen und der Sache nachgehen; denn dieses Thema liegt mir genauso am Herzen wie Ihnen.

Margit Wild (SPD): 500.000 Euro sind für eine Gedenkstätte eine Menge Geld. Sie wissen selber, dass es in einer Gedenkstätte viel Handlungsbedarf gibt – nicht nur was die Konzeption, sondern auch was die Sanierung betrifft.

Ist Ihnen bekannt, dass im letzten Jahr der Ansatz im Haushalt um über 500.000 Euro höher war? Jetzt sind eigentlich nur 100.000 Euro für kleine Bauarbeiten eingestellt. Finden Sie das angesichts der großen Bedeutung dieser Gedenkstätte angemessen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Wir haben letztes Jahr nicht nur für die Gedenkstätte Dachau, sondern für alle Gedenkstätten in Bayern und für sonstige Erinnerungsorte einen großen Plan vorgelegt. Da gibt es verschiedene Schwerpunkte. Dieser Plan ist nicht nur auf ein Jahr angelegt. Diese Planung für Dachau, Flossenbürg und andere Orte umfasst die nächsten Jahre. Auch in Dachau ist vieles auf den Weg zu bringen. Da geht es um die Neugestaltung der Baracken, die Sanierung des Krematorienbereichs und um neue Ausstellungen, aber auch um den Kräutergarten und den Parkplatz. Da ist also jedes Jahr etwas zu tun. Diesen Plan stimmen wir immer mit der Stiftung ab, die für die Gedenkstätten, insbesondere für Dachau und Flossenbürg, zuständig ist. Die Stiftung wird vom Kollegen Freller geleitet. Es gibt regelmäßige Stiftungsratssitzungen und einen genauen Plan, was jedes Jahr passiert. Die Herausforderungen – es wird sich um Millionenbeträge handeln – sind in den nächsten Jahren groß. Ähnlich wie bei anderen Orten geht es vor allem bei Baumaßnahmen nicht jedes Jahr um den gleichen Betrag. Es ist mal mehr, mal weniger, je nach ergriffenen Maßnahmen. Ich werde auch mit dem Oberbürgermeister von Dachau Herrn Hartmann sehr zeitnah Gespräche führen und mit ihm vor allem in Bezug auf den Kräutergarten die nächsten Schritte abstecken.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Die Frage kommt von Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Frau Ministerin, die Bedeutung der Vorschule ist für die spätere schulische Laufbahn von Kindern extrem wichtig. Sie tragen Verantwortung für diesen wichtigen Grundstein der Bildung. Wie stellen Sie denn sicher, dass es jetzt gerade für Vorschulkinder mit Förderbedarf therapeutische Angebote gibt?

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Staatsministerin Trautner.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Frage, Frau Sandt. Ich nehme an, das bezieht sich jetzt auf die Corona-Situation.

Wir wissen natürlich, dass es durch die Schließungen der Kitas auch weniger Angebote für Kinder im Vorschulbereich geben kann. Das ist ganz klar. Deswegen ist es ja unser großes Ziel, dass bei allen Öffnungen, die irgendwann im Raum stehen, wenn das Infektionsgeschehen es wieder zulässt, Kita und Grundschule höchste Priorität haben.

Allerdings gibt es für Kinder, die die Kita im Moment weiterhin besuchen, weiterhin auch Angebote wie den Vorkurs Deutsch und andere Dinge. Das darf in der Kita unter strengen Hygienemaßnahmen auch angeboten werden. Wir haben diese Angebote nicht eingeschränkt. Für die Kinder, die jetzt in der Kita sind, kann also auch so ein Angebot stattfinden.

Wir achten sehr darauf, dass die Vorschulkinder ihre Förderung bekommen. Aber es ist jetzt eben dem Infektionsgeschehen geschuldet, dass nicht alle Kinder die Kita besuchen können. Sobald wieder ein Regelbetrieb in den Kitas stattfinden kann, werden natürlich auch alle Angebote für alle Kinder, die Vorschulkinder sind, in entsprechendem Maß weiterhin angeboten werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Rückfrage von der Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Wäre es nicht sinnvoll, dass in so einer Situation der Freistaat dafür sorgt, dass entsprechende Materialien zur Verfügung stehen und die Kitas auch

Möglichkeiten zur digitalen Kontaktaufnahme haben, um die Kinder, die zuhause sind, besser zu fördern und sowohl die Kitas als auch die Eltern auch während des Lockdowns oder während möglicher Teilschließungen zu unterstützen? Ich weiß nicht, ob Sie als Perspektive vielleicht auch Modelle sehen, die ähnlich wie ein Wechselunterricht funktionieren, natürlich nur übergangsweise. Es gibt private Unternehmen, die das machen und den Eltern pädagogisch abgestimmtes Material zur Verfügung stellen.

Ich habe erlebt, dass Kinder, gerade Vorschulkinder, sehr wohl Spaß an Videokonferenzen haben und es für sie auch sehr wichtig ist, die anderen Kinder hin und wieder zu sehen. Wie wollen Sie die Kitas angesichts der geringen Haushaltsmittel für die Digitalisierung an Kitas darin unterstützen, dass die digitale Infrastruktur vorhanden ist und sie das umsetzen können?

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Jetzt, während des Lockdowns, haben wir sehr viele Kitas, die das hervorragend machen, die alle Möglichkeiten nutzen, die sie haben, und regelmäßig mit den Eltern und den Kindern, die zuhause sind, in Kontakt treten. Sie bieten viele Spielmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten an; sie singen gemeinsam. Viele bringen auch Angebote vor die Haustür. Das gestaltet jede Kita selbst entsprechend den Möglichkeiten, die sie hat.

Wir sind auch in engem Kontakt mit dem IFP und haben auch hier festgestellt, dass es manchen, die zum Beispiel zuhause kein digitales Endgerät haben, auch schon hilft, wenn die Kita einmal wöchentlich telefoniert und sich nach dem Kind erkundigt. Soweit ich den Überblick habe, sind die Kindertagesstätten da wirklich sehr gut unterwegs und geben alles, um den Kontakt zu den Kindern, die zuhause geblieben sind, aufrechtzuerhalten.

Die Digitalisierung der Kitas allgemein, die Sie ansprechen, ist mir ein wichtiges Anliegen. Das betrifft aber eigentlich nicht Corona. Da sind wir auf einem guten Weg. Wir hatten ein Modellprojekt mit 100 Kitas, das Ende des Jahres ausgelaufen ist. Wir

haben neue Mittel einstellen können. Wir wollen Digitalisierungscoaches in die Kitas bringen und das weiter vorantreiben. Das ist mir ein großes Anliegen, und das ist unabhängig von Corona ein wichtiges Anliegen, das wir auf dem Schirm haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächste Frage geht an das Innenministerium und wird von der Kollegin Gülseren Demirel gestellt.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatsminister – – (unverständlich)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Demirel, ich glaube, die Mikrofonanlage ist bei Ihnen nicht aktiviert. Bitte drücken Sie noch einmal darauf, sonst hört man Sie nicht. – Jetzt. Moment, eine Sekunde, wir müssen Sie noch freischalten.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Geht es jetzt? – Ja, ich höre es auch. Soll ich wieder von vorne anfangen, oder haben Sie mich gehört, Herr Staatsminister? – Okay.

Die Frage lautet: Nach einem Jahr Pandemie sind die Infektionszahlen in den Geflüchteten- und Anker-Einrichtungen nicht weniger geworden. Aktuell stehen 39 Flüchtlingsunterkünfte in Bayern unter Gesamtquarantäne, von den Kettenquarantänen gar nicht zu reden.

Vom Mediendienst Integration gibt es eine Abfrage bei den Bundesländern zu Infektionszahlen unter den Geflüchteten. Aktuell sind in Bayern Ende Januar in den Anker-Einrichtungen 1.400 Menschen infiziert. Wenn man das mit Erstaufnahmeeinrichtungen in Bundesländern wie zum Beispiel Baden-Württemberg vergleicht, ist das doppelt so viel wie anderswo.

Nachdem unsere Forderung nach Entzerrung der Bewohnerstruktur, nach Anmietung von externen Räumen, im Landtag keine Mehrheit gefunden hat, ist meine Frage: Was ist denn Ihre Vorgehensweise, zum Beispiel bei der FFP2-Masken-Verteilung in den Unterkünften? Gibt es eine Planung zur Impforganisation? Wie wollen Sie die Impfungen organisieren? – Natürlich nur, wenn wir ausreichend Impfdosen bekommen. Das Bundesministerium hat für Geflüchtete ja hohe Priorität ausgewiesen.

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Herr Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Frau Kollegin Demirel, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahlen, die Sie gerade in den Raum gestellt haben, kann ich nicht ganz nachvollziehen. Wir haben gegenwärtig inklusive Fehlbelegern eine Gesamtheit von etwa 83.000 Asylbewerbern in Wohnungen und Asylunterkünften. 66.000 davon sind in Asylunterkünften. Ich kann es nicht selber nachzählen, aber die Zahlen vom Stand gestern, die mir heute Früh vorgelegt worden sind, waren, dass davon 528 aktiv infiziert sind. Falls sich Ihre Zahlen auf die Summe der letzten zwölf Monate beziehen, ist das natürlich etwas anderes. Aber mir wurde gesagt, dass gegenwärtig, nach der gestrigen oder vorgestrigen Erhebung, 528 aktiv infiziert sind.

Wenn Sie da andere Zahlen haben, gehe ich dem gerne nach. Wie gesagt: Ich habe das nicht selber gezählt, ich kann das nicht beurteilen. Was Sie genannt haben, ist in der Tat eine andere Größenordnung. Dem müsste ich dann nachgehen.

Insgesamt haben wir in der Tat im Moment eine Reihe von Unterkünften unter Quarantäne. Aber insgesamt ist das Infektionsgeschehen, was die Gesamtheit der Asylbewerberunterkünfte anbetrifft, sowohl bei den Infektionen als auch – was das Schlimmste ist – bei den Todesfällen nicht in irgendeiner Weise signifikant abweichend von den Durchschnittszahlen der Gesamtbevölkerung.

Wir nehmen das in allen Asylunterkünften sehr ernst, in den kleinen Unterkünften in den Landkreisen genauso wie in den größeren, bis hin zu den Anker-Zentren. Von den Betreuern vor Ort, von den Einrichtungen wird das sehr ernst genommen, bis hin zur medizinischen Betreuung.

Was die FFP2-Masken betrifft, haben wir nach meiner Kenntnis schon damit begonnen, diese in den Anker-Zentren zentral auszugeben. So ist das Konzept. In der Mehrzahl der dezentralen Unterkünfte werden die Masken vor Ort beschafft. Zum Teil wird es allerdings auch so gemacht, dass sie mit entsprechenden zusätzlichen Finanzmit-

teilen ausgestattet werden, damit sie sich die Masken auf Dauer selber beschaffen können. Das kommt darauf an, wie und wo sie untergebracht werden. Aber die Grundausstattung wird ermöglicht.

Was das Impfen anbetrifft, sind nach der gegenwärtig üblichen Kategorisierung natürlich kaum Asylbewerber – ich sage nicht: kein Asylbewerber; es sind nur ganz wenige – in der ersten Kategorie. Wir haben kaum einen Asylbewerber, der über 80 Jahre ist. Unter den Asylbewerbern gehören Gott sei Dank nur sehr, sehr wenige zu den besonders vulnerablen Gruppen. Insofern ist klar, dass in der ersten Kategorie nur wenige Asylbewerber sind.

Ansonsten gibt es die entsprechende Einstufung durch die Rangordnung, die der Bund vorgibt. Darauf sind wir eingestellt. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass alle Asylbewerber, die geimpft werden wollen – auch da gibt es keine Impfpflicht –, genauso in die entsprechenden Computerkategorien eingetragen werden; sie können sich da selber anmelden, es werden ihnen dann auch entsprechende Empfehlungen gegeben. Die Hinweise des RKI sind – auch darauf weisen wir die Asylbewerber in den Unterkünften hin – im Internet mehrsprachig hinterlegt, sodass in der Regel für die allermeisten Asylbewerber die entsprechenden Informationen in der Heimatsprache zugänglich sein werden; es handelt sich hierbei wohlgerne um keine Impfpflicht, sondern um eine dringende Empfehlung.

Die Kategorisierung wird dann durch das entsprechende Impfzentrum vor Ort erfolgen. Sobald wir in Stufe 2 oder 3 sind und genügend Impfstoff zur Verfügung steht, obliegt es den Impfzentren vor Ort zu entscheiden, ob es sinnvoll scheint, zum Beispiel mit einem mobilen Team in eine größere Asylbewerberunterkunft oder in ein Anker-Zentrum hineinzugehen, um dort die Impfung vorzunehmen.

Bei den kleineren Unterkünften dürfte es aber im Regelfall so sein, dass die Asylbewerber wie alle anderen auch ins Impfzentrum kommen. Das muss von den Impfzentren vor Ort entschieden werden.

Aber noch mal zur Klarstellung: Gegenwärtig sind in Kategorie 1 noch kaum Asylbewerber betroffen. Es wird aber an den Konzepten gearbeitet. Ich habe das auch ausdrücklich in meine Antwort auf die Anfrage von Abgeordneten geschrieben. Die generelle Zusage der Bundeskanzlerin, dass bis zum Hochsommer jedem in unserem Land ein Impfangebot gemacht werden wird, gilt selbstverständlich auch für alle Asylbewerber in unserem Land.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage von der Kollegin Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich kann Ihnen die Zahlen gerne zumailen. Wir achten immer darauf, Zahlen anzusprechen, für die es Quellen gibt.

Warum habe ich mich gemeldet? – Sie haben von FFP2-Masken in den Anker-Einrichtungen gesprochen. Es gibt aber auch sehr viele Dependancen in den Kommunen sowie natürlich die Anschlussunterbringung. Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind ein bisschen hilflos; denn wenn 60 Infizierte in einer Unterkunft für 300 Personen sind, treibt das natürlich auch den Inzidenzwert der Kommune hoch. Das muss man auch sehen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Haben Sie einen Plan, auch die Dependancen und die Anschlussunterbringungen mit FFP2-Masken zu bedienen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Wir sorgen grundsätzlich dafür, dass alle mit FFP2-Masken ausgestattet werden. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass das auf unterschiedlichen Wegen passiert. Bei den großen Unterkünften erfolgt das zum Teil zentral, bei den anderen Unterkünften zum Teil dezentral. Es gibt aber ein auch mit den Kreisverwaltungsbehörden abgestimmtes Konzept, das in der Tat dafür sorgen wird, dass allen eine Versorgung mit Masken ermöglicht wird.

(Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt vom Kollegen Nikolaus Kraus von den FREIEN WÄHLERN.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister Piazolo! Wir alle wissen, dass einer der Hauptkritikpunkte in der letzten Zeit das System mebis betraf. Das ist wirklich, auch medial, sehr stark in der Kritik gestanden.

Ich persönlich höre aber in der letzten Zeit überwiegend Positives über das System. Meine Frage: Wie ist der aktuelle Sachstand bei mebis? Wie intensiv wird mebis in den bayerischen Schulen für Distanzunterricht genutzt?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Lieber Kollege Kraus, vielen Dank für die Frage.

Ich glaube, das ist für eine Mediengesellschaft ganz typisch. Ich hatte vor Weihnachten den Eindruck, mebis sei beinahe das gewesen, worüber im Freistaat am meisten berichtet worden ist. Das war beinahe wie "Heute im Stadion"; es wurde aktiv über mebis getwittert, wann es funktionierte und wann nicht. Es ist der Eindruck entstanden, dass, wenn mebis funktioniert, Schule perfekt funktioniert, wenn mebis nicht funktioniert, Schule ganz schlecht funktioniert.

Um das noch einmal klarzustellen: Es ist völlig richtig, dass in der letzten Zeit wenig bis gar nicht über mebis berichtet worden ist. Während der sechs Tage Schule damals ist mebis insgesamt für circa zehn bis elf Stunden nicht oder nur eingeschränkt erreichbar gewesen. Die heutigen Zahlen zeigen aber, dass mebis ein asynchrones Mittel ist. Das heißt, es geht nicht darum, mebis zu einem exakten Zeitpunkt benutzen zu müssen. Viele mussten, was sehr ärgerlich war, sich später einloggen. Die vergleichbaren Zahlen sind aber ein bisschen niedriger als jetzt.

Wir haben über die Weihnachtsferien an mebis sehr, sehr intensiv gearbeitet. Wir hatten eine Dreifachstrategie. Zum Ersten: Ertüchtigen. Hierzu ist sehr viel bei der IT passiert. Danke an den Kollegen Füracker, der dafür zuständig ist und vieles auf den Weg gebracht hat! Wir haben ganz bewusst mit dem Bayern-CERT zusammengearbeitet. Es wurde festgestellt, dass Probleme insbesondere den Login, der über mebis so auch nicht vorgesehen war, betrafen. Zum Zweiten: Wir haben per Kultusministeriellem Schreiben schon vor Weihnachten darum gebeten, den Login über andere Tools zu machen, weil mebis dafür nicht gedacht ist. Das war mit ein Punkt. Zum Dritten wollten wir den Werkzeugkasten insgesamt erweitern.

Diese Strategie hat gepasst. Man muss immer auf Holz klopfen. Wo Technik verwendet wird, kann auch immer etwas schiefgehen. Seit den Tagen ab dem 11. Januar funktioniert mebis. Wir haben pro Tag ungefähr zwischen 600.000 und 750.000 Logins. Am Wochenende sind es etwas weniger. Aber auch am Wochenende wird von den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern über mebis gearbeitet. Wir haben pro Tag Nutzer in der Größenordnung von 240.000 bis 260.000, insbesondere im gymnasialen und im Realschulbereich, aber auch in den anderen Schularten.

Wir arbeiten weiter an der Ertüchtigung. Wir werden morgen Abend wieder einen Lasttest haben. Das ist genau geplant. Der Lasttest wird für drei Stunden durchgeführt werden. Wir hatten am letzten Wochenende, am Freitag und am Samstag, Tests, um das zu verstärken.

Wichtig ist, dass mebis insofern funktioniert. Wir haben aber auch noch andere wichtige Tools, zum Beispiel die Video-Konferenz-Tools; diese sind in einer Pandemiesituation für den Distanzunterricht beinahe noch wichtiger. Es gibt hier verschiedene Tools.

Das Bild hat sich auch ein bisschen gewandelt. Das ist ganz erstaunlich. Ich habe in der letzten Pressekonferenz gesagt, dass es vor Weihnachten immer hieß, Distanzunterricht funktioniere nicht. Inzwischen gibt es – gerade seit den letzten zwei Tagen –

verschiedene Stimmen insbesondere aus der Gymnasialfamilie, die sagen, dass Distanzunterricht so gut funktioniere, dass sie ihn sogar dem Wechselunterricht vorzögen. Das ist also eine völlige Verkehrung.

(Zuruf)

– Genau so ist es. Sie müssen Zeitung lesen und sich einfach informieren. Ich würde das der AfD so oder so empfehlen: Informieren Sie sich einfach mal mehr!

(Zuruf)

– Dann kommen Sie vielleicht wirklich einmal zu vernünftigen Meinungen.

(Zuruf)

– Zum Zeitunglesen braucht man nicht unbedingt Kinder. Das sollte man selber tun. Insofern ist das eine seltsame Vorstellung hier.

Um das noch einmal deutlich zu machen: Ich bin persönlich weiter der Auffassung, dass Präsenzunterricht nicht gleichwertig zu ersetzen ist.

(Zuruf)

Deshalb ist unser Ziel, das ich auch deutlich machen will, die Schulen schon wieder am 15. Februar zu öffnen. Das betrifft besonders Grund- und Förderschulen. Das ist mein persönlicher Wunsch als Kultusminister. Wir werden uns in den nächsten Tagen intensiv darüber austauschen, weil der Präsenzunterricht und die sozialen Kontakte für die Schülerinnen und Schüler sehr wichtig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit ist die Fragestunde beendet.